



## „Vielfalt verbindet.“ - Vorbereitungstagung zur IKW 2017 17. und 18. Februar 2017 Dokumentation der acht Arbeitsgruppen

### AG 1 „Was Flüchtlinge brauchen, was Ehrenamtliche brauchen“

Referent\*innen: *Asia Afaneh-Zureiki, Islamwissenschaftlerin  
Dr. Peyman Javaher Haghighi für kargah e.V.  
Kai Weber vom Flüchtlingsrat Niedersachsen*

Moderation: *Judith Bartsch für das Bündnis für Demokratie und Toleranz*



Viele Tausend Ehrenamtliche unterstützen seit Sommer 2015 (und länger) die vielen Geflüchteten, die in unserem Land Schutz suchen. Um dieses Engagement zu stärken und Geflüchteten mit Respekt zu begegnen, gilt es zu erfragen, was einerseits Ehrenamtliche für ihr Engagement benötigen, andererseits die Bedarfe von Geflüchteten zu ermitteln und ernst zu nehmen. Geflüchtete bilden keine homogene Gruppe und müssen somit in ihrer Individualität wahrgenommen werden. Sie benötigen weder Mitleid noch Bevormundung. Um sie zu erreichen, müssen spezielle Formate entwickelt werden, die diese individuellen Hintergründe berücksichtigen.

Ehrenamtliche wiederum gehen oft eine solidarische, enge Verbindung zu Geflüchteten ein. Sie sind unverzichtbar beim Engagement für Geflüchtete, können jedoch nicht die Grundversorgung übernehmen, die der Staat gewährleisten muss. Um ehrenamtliches Engagement zu koordinieren, bedarf es hauptamtlicher Unterstützung; gute Kommunikation ist dafür essentiell, eine konkrete Ansprechperson hilfreich.

Geflüchteten hilft es, nicht als „Fall“ betrachtet zu werden, sondern auch eine menschliche, emotionale Bindung zu ihren Ansprechpersonen vor Ort einzugehen. Hier erfüllen Ehrenamtliche eine wichtige Aufgabe. Der akuteste Bedarf von Geflüchteten ist jedoch, den Flüchtlingsstatus abzulegen und eine Bleibeperspektive zu bekommen, was für sie auch mit dem Nachzug der Familie einhergeht.

### AG 2 „Vielfältig gegen islamophobe Stimmungsmache“

Referent\*innen: *Tina Wiesner für das Multikulturellen Zentrum in Dessau  
Ahmad Aweimer vom Zentralrat der Muslime in Deutschland*

Moderation: *Jutta Weduwen von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste*

Die Arbeitsgruppe begann mit einer Begriffsklärung. Die Referent\*innen nutzen kontextabhängig verschiedene Begriffe. Der Begriff „Rassismus gegenüber Muslimen“ bzw. „antimuslimischer Rassismus“ beschreibt den Sachverhalt oft am treffendsten. Islamophobie wird aber in vielen Kreisen häufiger genutzt, da er die Zuhörenden weniger erschreckt und sie somit diskussionsfähig bleiben.

Achmad Aweimer berichtet von interreligiösen Dialoggruppen in verschiedenen Orten im Ruhrgebiet, die das Zusammenleben zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen verbessern.





## „Vielfalt verbindet.“ - Vorbereitungstagung zur IKW 2017 17. und 18. Februar 2017 Dokumentation der acht Arbeitsgruppen

Tina Wiesner berichtet von Workshops an Schulen in verschiedenen Orten Sachsens, wo auch unter jüngeren Kindern/Jugendlichen rechtspopulistische Haltungen, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und antimuslimischer Rassismus verbreitet sind. Hier braucht es eine generelle Bildungsarbeit gegen Rassismus und rechtspopulistische Einstellungen.

Die Teilnehmer\*innen der Arbeitsgruppe berichten von ihren beruflichen Praxisfeldern. Einige fühlen sich in ihrer Arbeit oft isoliert und die Notwendigkeit, Netzwerke zu bilden und sich mit Kolleg\*innen aus anderen Orten zu beraten, wird betont. Dafür bietet die Tagung in Hannover vielfältige Anknüpfungspunkte.

### AG 3 Kirchliches Profil gegen Rassismus und Rechtspopulismus schärfen

*Referent\*innen:* Andreas Belz für den Bund der Deutschen Katholischen Jugend  
Dr. Bianca Dümling von der CVJM Hochschule Kassel  
Petra Schickert für die BAG Kirche und Rechtsextremismus und das Kulturbüro Sachsen e. V.

*Moderation:* Stefanie Wahle-Hohloch von der Diözese Rottenburg-Stuttgart



Selbstverständnis der Kirche ist es, Frieden in der Welt zu schaffen, sich schützend vor die Schwachen der eigenen Gesellschaft und der Welt zu stellen. Kirche hat diesen Auftrag nach innen in die Gemeinden und nach außen in die Welt zu vertreten. (Vgl. Gaudium et spes) In manchen ländlichen Gegenden des Ostens ist die Kirche die einzige Organisation, die Räume zur Begegnung anbieten kann. Kirche sollte zu „Runden Tischen“ einladen mit klaren Vorgaben an eine Moderation und einer guten inhaltlichen Vorbereitung. Empfohlen wurden kleinere Formate für Gesprächsangebote. Ausgrenzung der rechten Gruppierungen führt ebenfalls nicht zum Ziel

sondern fördert deren Märtyrertum. Hingewiesen wurde auf die Bedeutung, sich der eigenen Werte, Fähigkeiten und Vielzahl von Aktionen zu vergewissern. Man braucht nicht „über jedes Stöckchen springen, dass die AfD hinhält“, man kann selbstbewusst in Haltung und Werten solche Diskussionen führen. Manchmal genügt ein deutliches „Stopp“ zu den Provokationen. Wichtig ist jedoch, Themen des Rechtsextremismus nicht zu verschweigen, sie zu überhören oder sich weg zu ducken.

Gefragt wurde nach den tragenden Visionen einer christlichen Gemeinschaft, die sich vor Ort bewähren kann. Die Erfahrungen mit Migrationskirchen v.a. im katholischen Bereich zeigen, dass auch in den Kirchen ein latenter Alltagsrassismus vorhanden war und ist, wenn es um eine gleichberechtigte Teilhabe der Schwestern und Brüder im Glauben aus vielen Nationen an Kirchen-Räumen und organisatorischen Strukturen geht. Appelliert wurde an eine verstärkte Kooperation mit Migrant\*innen-Organisationen, Kommune und Initiativen. Entscheidend ist es, aus der eigenen sogenannten Komfortzone, der bequemen Trägheit heraus zu kommen und die christlichen Werte zu Gehör bringen.





**„Vielfalt verbindet.“ - Vorbereitungstagung zur IKW 2017  
17. und 18. Februar 2017  
Dokumentation der acht Arbeitsgruppen**

**AG 4 Abschiebungen nach Afghanistan im Spiegel menschenrechtlicher und ethischer Standards**

**Referent\*innen:** Kerstin Düscher vom Kommissariat der deutschen Bischöfe  
Shakila Nawazi von der Krisenberatung für Flüchtlinge & Migranten  
**Moderation:** Günter Burkhardt als Geschäftsführer des ÖVA in Vertretung von Claudia Dunckern von der Ev.-Luth. Kirche in Bayern



Die ersten Abschiebungen in ein Kriegs- und Krisengebiet haben Angst ausgelöst - unter den Betroffenen und bei all denen, die ihnen zur Seite stehen. Die Lage ist unübersichtlich. In der AG fanden sich Menschen aus allen Bundesländern kommend zusammen.

Wie ist die Situation in Afghanistan? Dies wurde in einer ersten Gesprächsrunde erörtert. Weiterführende Informationen zusammengetragen, insbesondere zu dem jüngsten Bericht des UNHCR. Dieser stellt heraus, dass eine Einteilung in »unsichere« und »sichere« Gebiete bei der aktuellen Sicherheitslage schlicht nicht möglich ist.

Das Vorgehen in den Bundesländern ist höchst unterschiedlich. Von Willkür und Unkalkulierbarkeit berichteten Teilnehmende. Insbesondere in Bayern und Hamburg scheinen auch Menschen betroffen zu sein, die schon lange geduldet in Deutschland leben. Warum haben sie sich in falscher Sicherheit gewöhnt? Viele leben jahrelang mit Duldung in Deutschland und wännen sich in Sicherheit, obwohl sie es nicht sind. Hohe Hürden wurden für ein Bleiberecht errichtet.

**AG 5 Junge Flüchtlinge: Teilhabe durch Bildung**

**Referenten:** Ewaz Babaie für Jugendliche ohne Grenzen  
Marc Millies vom Flüchtlingsrat Bremen  
Andreas Müller vom Niedersächsischen Kultusministerium, Hannover  
**Moderation:** Dörthe Hinz vom Bundesfachverband unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge

Sowohl das Recht auf Bildung als auch das Recht auf Teilhabe sind elementare Menschenrechte und der Schlüssel für die Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben. Beim Bildungszugang von geflüchteten Kindern und Jugendlichen zeichnen sich weiterhin Defizite und massiver Handlungsbedarf ab. Betrachten wir das Altersspektrum der 2016 in Deutschland registrierten geflüchteten Menschen, zeigt sich welche Bedeutung dem Thema Bildung und damit auch dem Ausbau und Veränderung bestehender Strukturen beizumessen wäre: Die Hälfte der schutzsuchenden Menschen ist unter 25 Jahre alt, jede\*r Dritte davon minderjährig.





## „Vielfalt verbindet.“ - Vorbereitungstagung zur IKW 2017 17. und 18. Februar 2017 Dokumentation der acht Arbeitsgruppen

Die Fortsetzung des durch die Flucht unterbrochenen Bildungsweges und Entfaltung von (Bildungs-) Potentialen und Ressourcen hat für die jungen Menschen in vielerlei Hinsicht eine unwahrscheinlich große Bedeutung.

Drei Teilbereiche wurden im Rahmen der AG bearbeitet und diskutiert. Dazu zählten das grundlegende Recht auf Bildung und die bestehenden strukturellen Hürden bei deren Umsetzung, Vor- und Nachteile von (vorerst separiert stattfindenden) Willkommens- und Sprachlernklassen sowie die Problematik des Bildungszugangs für Jugendliche ohne Schulpflicht. Als Handlungsbedarfe/Lösungsansätze wurden u.a. identifiziert: Ausbau von Regelschulplätzen mit geeigneten strukturellen und personellen Rahmenbedingungen; Umsetzung der Schulpflicht bzw. des Rechts auf diskriminierungsfreien Zugang zu Bildung. Voraussetzung hierfür ist ein zügiges Ankommen von Neueinreisenden in Kommunen und Bezirke; Der Zugang zu Bildungsangeboten muss passend zum Lern- und Bildungsstand der Kinder und Jugendlichen gewährleistet werden; Junge Menschen bis 25 Jahre brauchen flächendeckend und systematisch die Möglichkeit schulische Bildung und Abschlüsse nachzuholen; Einbeziehung von (Perspektiven der) Jugendlichen, bspw. mithilfe von Multiplikator\*innen der Selbstorganisation „Jugendliche ohne Grenzen“; Qualifizierung von Fachkräften u.a. im Bereich „Interkultureller Kompetenz“; Einbeziehung des Gemeinwesens zur Unterstützung von (außer)schulischer Bildung.



Notwendig ist es weiterhin, das bestehende Bildungssystem kritisch zu hinterfragen und im Sinne aller jungen Menschen inklusive Bildungsangebote weiter auf- und auszubauen. Damit würde eine grundlegende Voraussetzung geschaffen für eine Gesellschaft der Vielfalt; in der Vielfalt verbindet.

### AG 6 Lernort Betrieb: Partizipation von Flüchtlingen

*Referent\*innen:* Inge Henningsen für das Projekt „Integration Schiene“ der Stiftung Bahn-Sozialwerk  
Volker Roßocha vom Deutschen Gewerkschaftsbund  
Thomas Wagner von der Adolf Würth GmbH & Co. KG

*Moderation:* Daniel Weber für das DGB-Bildungswerk Bund



Gleiche Teilhabechancen für Geflüchtete in Deutschland lautet eine zentrale Forderung der Interkulturellen Woche. Dazu gehört als ein wichtiger Teilbereich, dass alle entsprechend ihren Möglichkeiten die Chance erhalten, in qualifizierte Ausbildung und Arbeit zu kommen. In der Arbeitsgruppe wurden Wege diskutiert, wie dies gelingen kann und welche Herausforderungen dabei überwunden werden müssen.

Dabei wurde an allen Stellen deutlich, dass die Vielzahl an rechtlichen Restriktionen und Statusgruppen der Arbeitsmarktintegration nicht förderlich ist. Asyl- und aufenthaltsrechtliche Regelungen aber auch Fragen des

beschränkten Arbeitsmarkt- und Ausbildungszugangs sind die größte Hürde für Geflüchtete, schnell und nachhaltig zu partizipieren. Viele Teilnehmende der Arbeitsgruppe beschrieben die großen



## „Vielfalt verbindet.“ - Vorbereitungstagung zur IKW 2017 17. und 18. Februar 2017 Dokumentation der acht Arbeitsgruppen

Anforderungen an Geflüchtete, Betriebe und Verwaltungen aber auch an Helfer\*innen, die die vielen in Summe immer restriktiver werdenden Gesetzeslagen an sie stellen.

So ließ es sich dann auch recht schnell erklären, warum die Zahlen der echten gelungenen Arbeitsmarktintegration immer noch sehr gering sind. Einzelne positive Beispiele, wie es gelingen kann, wurden in der AG vorgestellt, wie das Projekt des Bahnsozialwerks, durch das die Betriebe im Bahnkonzern bei der Aufnahme und Begleitung von Geflüchteten unterstützt werden; die Firma Würth, die einzelnen Geflüchteten eine Ausbildung ermöglicht und eigene Sprachkurse anbietet oder auch einige lokal gut funktionierende Verwaltungsnetzwerke, die durch den bürokratischen Dschungel helfen.

Bei der Integration in den Betrieb ist die Arbeit mit allen Beschäftigten wichtig: Akzeptanz und Engagement müssen gefördert, mit Vorbehalten und Konkurrenzen kompetent umgegangen werden. Nur dann kann man Menschen in all ihrer Vielfalt in Betrieben und Verwaltungen positiv miteinander verbinden.

### AG 7 Familiennachzug zu Flüchtlingen

*Referenten:* Karim Al Wasiti vom Flüchtlingsrat Niedersachsen  
Dr. Michael Maier-Borst für den Stab der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration  
Bernward Ostrop vom Deutscher Caritasverband

*Moderation:* Andrea Kothen für PRO ASYL

Der Schutz der Familie ist ein hohes Gut. Gleichwohl hat die Bundesregierung 2016 die Chancen von Flüchtlingen, ihre Ehegatten und Kinder nachzuholen, deutlich verschlechtert, indem sie diejenigen, die keinen GFK-Schutz, aber einen subsidiären Schutz genießen, mindestens bis März 2018 vom Familiennachzugsrecht ausschließt. In der Folge dieser Regelung war die politisch gewollte Absenkung der gewährten Schutzstandards unmittelbar erkennbar: Zahlreiche Flüchtlinge erhielten nunmehr nur noch den subsidiären Schutzstatus.

Doch selbst bei denjenigen, die aufgrund ihres GFK-Status Anspruch auf den Familiennachzug besitzen, dauern die Verfahren Monate und Jahre – manchmal, bis es zu spät ist. Bürokratische Nachweisanforderungen und eine mehr als schleppende Terminvergabe bei deutschen Botschaften sowie inhumane Rechtsauslegungen der hiesigen Ausländerbehörden und andere Hürden führen dazu, dass zahlreiche Flüchtlinge, die ihre Lieben endlich hier in Sicherheit wissen wollen, der Verzweiflung nahe sind.

Die AG 7 hat diese Regelungen zum Familiennachzug in ihren Details und Komplikationen von vielen Seiten und anhand von Fallbeispielen beleuchtet. Am Schluss blieb unbestritten: Der Wert der Familie muss das staatliche Handeln prägen. Die Familiennachzugssperre für subsidiär Geschützte gehört aufgehoben. Und bei der Umsetzung des bestehenden Anspruchs gibt es viel zu verbessern.





**„Vielfalt verbindet.“ - Vorbereitungstagung zur IKW 2017  
17. und 18. Februar 2017  
Dokumentation der acht Arbeitsgruppen**

**AG 8 Keine Gewalt im Namen Gottes!**

*Referenten: Dr. Hilal Al-Fahad vom Haus der Religionen, Hannover  
Dr. Werner Höbsch für das Referat Dialog und Verkündigung im Erzbistum Köln  
Prof. Wolfgang Reinbold für Ev.-luth. Landeskirche Hannovers*

*Moderation: Johannes Stein für die Katholische Arbeitnehmerbewegung Deutschlands*

Durch die Jahrhunderte bis heute wird mit Berufung auf Religion zu Terror, Krieg und Gewalt aufgerufen. Während die einen Gewalt in den Religionen grundsätzlich angelegt sehen, erkennen andere darin einen Missbrauch von Religion. In der AG bestand Konsens darüber, dass sich alle Religionen ihrer eigenen Gewaltgeschichte in Vergangenheit und Gegenwart stellen müssen.

In den großen Religionen Judentum, Christentum und Islam sind Verheißungen zum Schalom, Salam und Frieden sowie Aufrufe zur Überwindung von Gewalt wesentlich. Aus diesen Ressourcen der Religionen für Frieden und Gerechtigkeit muss gerade



angesichts des Terrors und der Gewalt geschöpft werden. In zahlreichen Städten und Kommunen haben sich bereits interreligiöse Kreise gebildet, um für Verständigung zu wirken: Runde Tische der Religionen, das Haus der Religionen in Hannover, interreligiöse Lernhäuser des Friedens. Die Interkulturelle Woche ist eine gute Gelegenheit, am konkreten Ort Wege zur Verständigung und zur Überwindung von Gewalt zu bedenken und einzuschlagen.